



Pet 3-19-17-2161-010156

38518 Gifhorn

Geschlechterspezifische Fragen

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 12.03.2020 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – zu überweisen.

Begründung

Der Petent möchte eine verbindliche Handreichung hinsichtlich der zu verwendenden Anreden für das sogenannte dritte Geschlecht für Betreiber von Websites und Formulare erreichen, damit diese bei ihrer Verwendung Rechtssicherheit im Hinblick auf die korrekte Anrede haben.

Er führt aus, dass viele Arbeitgeber dazu übergehen würden, die Formulierung männlich/weiblich/divers zu verwenden, um sich rechtlich abzusichern. Dies sei im Falle eines Auswahlfeldes jedoch unzureichend. Es sei daher sinnvoll, eine Norm festzulegen. Es handelt sich um eine öffentliche Petition, die auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages veröffentlicht und diskutiert wurde. 44 Mitzeichnende haben das Anliegen unterstützt. Der Petitionsausschuss hat im Rahmen seiner parlamentarischen Prüfung die Bundesregierung gebeten, eine Stellungnahme zu dem Anliegen abzugeben. Die Prüfung des Petitionsausschusses hatte das im Folgenden dargestellte Ergebnis:

Am 1. Januar 2019 ist gesetzlich geregelt worden, dass eine dritte Geschlechtsoption im Personenstandsrecht mit der Bezeichnung „divers“ eingeführt wird. Dies hat die Folge, dass für den Geschlechtseintrag die Anredeform im gesellschaftlichen Bereich nicht abschließend geregelt ist. Es gibt jedoch innerhalb der Verwaltung teilweise verbindliche Vorgaben, eine geschlechtsspezifische Anrede von Personen zu verwenden. In der Praxis werden männliche und weibliche Personen in der Regel sowohl im privaten Rechtsverkehr als auch von staatlichen Stellen mit einer ihrem Geschlechtseintrag im



Personenstandsrecht entsprechenden Anrede angesprochen oder angeschrieben. Dies bedeutet, dass selbstverständlich auch den Personen, die sich für einen offenen Geschlechtseintrag oder einen Geschlechtseintrag „divers“ entschieden haben, zugebilligt werden muss, gemäß einer ihrem Rollenverständnis entsprechenden Anrede angesprochen oder angeschrieben zu werden. Für transgeschlechtliche Personen wurde sogar höchstrichterlich entschieden, dass sie bereits nach der Änderung des Vornamens verlangen können, ihrem geschlechtlichen Selbstverständnis entsprechend angesprochen oder angeschrieben zu werden, auch wenn der Geschlechtseintrag zu diesem Zeitpunkt noch nicht geändert wurde.

Die Bundesregierung hat mitgeteilt, dass es bislang noch keine abschließenden Regelungen gebe. Sie hat ausgeführt, dass Nichtregierungsorganisationen unterschiedliche Vorschläge machen, zum Beispiel das vollständige Weglassen der Anreden „Herr“ und „Frau“, die Anredeformen „Sehr geehrte_Vorname Nachname“ oder „Lieb* Vorname Nachname“ oder die Verwendung der Begrüßungsform „Guten Tag Vorname Nachname“.

Der Rat für deutsche Rechtschreibung, der als zentrale Instanz in Fragen der Rechtschreibung den Schreibgebrauch der deutschen Rechtschreibung beobachtet und Garant für die Bewahrung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum ist, hat durch Beschluss am 16. November 2018 festgestellt, dass der gesellschaftliche Diskurs über die Frage, wie ein drittes Geschlecht und weitere Geschlechter neben der weiblichen und männlichen Form angemessen bezeichnet werden können, noch am Anfang stehe. Diese Entwicklung solle nicht durch vorzeitige Empfehlungen und Festlegungen des Rates für deutsche Rechtschreibung beeinflusst werden. Der Rat wird jedoch weitere Analysen des Sprachgebrauchs vornehmen.

Der Petitionsausschuss hat Verständnis für das Anliegen des Petenten, rechtssichere Vorgaben zu erhalten. Er sieht jedoch keine Möglichkeit, dem gesellschaftlichen Diskurs und der Entwicklung des Sprachgebrauchs vorzugreifen. Er empfiehlt, die Petition dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu überweisen, damit die Thematik vom zuständigen Ressort beobachtet wird.